

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
JUGEND- UND
SOZIALAUSSCHUSSES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
05. JSA 2004-2009
Sitzungsdatum:
22.08.2005

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 22.08.2005

Unter dem Vorsitz von Hans-Georg Overländer versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Jugend- und Sozialausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen
hier: Grundsatzentscheidung
3. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

B) Nichtöffentliche Sitzung

4. Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen
hier: Vertrags- und Grundstücksangelegenheiten
5. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Bernhard Brade	CDU
Herr Sascha Derichs	SPD
Herr Herbert Konrads	CDU
Frau Petra Meyer	UWG
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Frau Erika Tanzer	SPD

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Sven Bildhauer	SPD
Herr Peter Hermanns	CDU
Herr Dieter Hufnagel	SPD

Herr Rene Langa CDU
Frau Marion Wissing B90/Die Grünen
Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner
Frau Brigitte Rademacher FDP

Ausschussvorsitzender **Overländer** eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Beginn der Sitzung erklärte der Ausschussvorsitzende Overländer, dass der Schriftführer, Verwaltungsfachwirt Peter Weinkamp nicht anwesend sein könne, da er sich im Urlaub befinde. Als Vertreter werde von der Verwaltung Stadtinspektor z.A. Björn Beeck für diese Sitzung vorgeschlagen.

Beschluss:

Stadtinspektor z.A. Beeck wird zum Schriftführer für die heutige Sitzung bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Der Leiter des Amtes für Soziale Angelegenheiten Dörr erklärte, dass beim Übertragen der Niederschrift der 4. JSA-Sitzung vom 16.06.2005 bei dem Beschluss zu TOP 7 ein Fehler gemacht worden sei. Der Beschluss sei in seiner Formulierung nicht abschließend. Der Beschluss hätte in der Sitzung folgenden Wortlaut haben müssen: *“Aufgrund der prognostizierten Bedarfssituation ab dem Kindergartenjahr 2006/07 im Wohnbereich Bosheln sowie basierend auf der fachlichen Stellungnahme des Kreisjugendamtes Heinsberg wird die Verwaltung beauftragt, den zwischen der Stadt Übach-Palenberg und der kath. Kirchengemeinde St. Fidelis Bosheln unter dem Datum 27.12.1985 geschlossenen Vertrag – betreffend den Betrieb des Pfarrer-Schaaff-Kindergartens – mit Ablauf des 31.07.2006 (Ende des Kindergartenjahres) zu kündigen.”*

Ausschussvorsitzender Overländer erklärte den Fehler somit für behoben und fuhr mit dem Beschlussvorgang fort.

Beschluss:

Die Niederschrift der letzten Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses vom 16.06.2005 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 **Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen**

hier: Grundsatzentscheidung

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski leitete den Tagesordnungspunkt ein und erläuterte kurz noch einmal die zugehörige Sitzungsvorlage. Er betonte insbesondere die Absicht der Sozialverwaltung, keine Brennpunkte schaffen zu wollen, sondern durch die Dezentralisierung eine soziale Integration zu ermöglichen.

Nach einigen Fragen der Stadtverordneten zum nichtöffentlichen Teil, stellte der Erste Stadtbeigeordnete Piotrowski klar, dass es bei dem TOP 2 lediglich um eine Grundsatzentscheidung gehe. Die Stadtverordneten müssten hierbei lediglich grundsätzlich darüber entscheiden, ob das Konzept der Dezentralisierung weiter verfolgt werden solle.

Der Leiter des Amtes für Soziale Angelegenheiten Dörr ergänzte, dass die Verwaltung im Rahmen der nichtöffentlichen Sitzung zu Details wie bspw. den Standorten, den Vermietern etc. Stellung nehmen werde. Er wies zu

dem darauf hin, dass bei dem in der nichtöffentlichen Sitzung vorgestellten Konzept eine Senkung der Pro-Kopf-Kosten für die Unterbringung von Asylbewerbern erreicht werden könne.

Sachkundiger Bürger Hermanns erkundigte sich, welche Kapazitäten für die Unterbringung von Obdachlosen vorhanden seien. Hierbei ging er auf das Problem der Beschlagnahmung von Wohnraum ein. Dies könne in der Praxis kein Mittel sein, um Obdachlosigkeit zu vermeiden.

Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski erläuterte, dass zur Zeit in den Obdachern „Hangweg“ und „Heinsberger Str.“ insgesamt 43 Personen untergebracht seien. Nach Realisierung des Konzeptes würden nicht weniger Plätze zur Verfügung stehen, man könne jedoch durch flexiblere Raumkonzepte eine bessere Belegung erreichen, insbesondere durch das Schaffen von Wohnraum für Einzelpersonen. Er gab außerdem zu Bedenken, dass oftmals Wohnungslosigkeit durch entsprechende Maßnahmen verhindert werden könne. Hierbei sei die Beschlagnahmung von Wohnraum die Ausnahme. Dies komme in der Praxis nur in besonderen Fällen, wie bspw. bei kinderreichen Familien vor.

Die Stadtverordneten aller Fraktionen begrüßten schließlich das Konzept der Dezentralisierung und wünschten der Sozialverwaltung bei der weiteren Umsetzung alles Gute.

Nachdem auf Anfrage des Ausschussvorsitzenden Overländer keine weiteren Fragen mehr zu TOP 2 gestellt wurden, leitete er den Beschlussvorgang ein.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, zum Zwecke der anderweitigen kurz- bzw. mittelfristigen Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen, niedrigpreisigen Wohnraum im Stadtgebiet anzumieten bzw. den Standort Obdach „Heinsberger Str.“ zu optimieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es ergaben sich keine Mitteilungen.

Um 17.25 Uhr schloss Ausschussvorsitzender Overländer die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss Ausschussvorsitzender Overländer um 17.55 Uhr die Sitzung.

Overländer
Ausschussvorsitzender

Beeck
Schriftführer